Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 7

Artikel: Die Schweiz vor dem Umbau
Autor: Mojonnier, Arthur
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158773

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

den. Wir müssen wieder ein gesundes und jugendkräftiges Volk werden, koste es, was es wolle, ein Volk, welches das Leben um des Lebens willen liebt, das wagt, das nicht in Sicherheit leben will, sondern kraftvoll — auch im Frieden. Vergessen wir nie: Der nationale Reichtum, das ist die Jugend und Grund und Boden, das ist Vaterland, nichts anderes, und nicht der Ratsaal der weisen Alten und gar nicht der schweizerische Goldschatz in Amerika!

Die Schweiz vor dem Umbau.

Von **Arthur Mojonnier.**

Seit dem Zusammenbruch Frankreichs und der Abdrängung Englands vom Kontinent ist das politische Gespräch in der Schweiz mehr und mehr auf jene Grundlage gestellt worden, die ihm von Anfang an zuträglicher gewesen wäre. Man beschäftigt sich vorwiegend mit der eigenen Wohnungseinrichtung. Eine eher breite als vertiefte Erneuerungsdiskussion hat begonnen. Während die einen ausgiebig reden, wissen die andern nichts Stichhaltiges zu sagen. Es sind jene, die beharrlich auf dem Holzweg wandeln und immer noch insgeheim hoffen, es möchte alles beim alten bleiben. Man befindet sich im Vorzimmer der Entscheidungen. Man wartet auf eine wegweisende Tat, denn man spürt deutlich: wer heute nicht handelt, der wird behandelt.

Das Dasein ist gefährlich geworden. Die Schwierigkeiten häufen sich, aber sie bringen auch die schöpferischen Leidenschaften in Bewegung und ziehen die Tatkräftigen an. Es gilt, den Lebenswillen der Schweiz wieder einmal von innen her unter Beweis zu stellen und eine neue Beziehung zu der Umwelt zu schaffen. Dieser Auftrag ergibt sich durchaus unbeeinflußt aus unseren politischen Verhältnissen und ist von einer einsichtigen Kritik schon längst erkannt worden. Die Kriegsereignisse ihrerseits, die das Geschehen beschleunigten und zur Umwälzung zusammenballten, haben die Lage des Landes in einen akuten Zustand versetzt.

Die Bereinigung unserer politischen Ordnung muß in ihrem Ansatzpunkt richtig erfaßt werden als die Verarbeitung der neuen Tatbestände, als die notwendigen Folgerungen, die wir aus einem veränderten kontinentalen Kräftespiel, aus einer Umschätzung aller Größen, die das Leben der Völker bestimmen, zu ziehen haben. Damit ist die politische Umbildung eine objektive Verpflichtung, eine schlechthin erforderliche Maßnahme. Wollten wir sie aus Interesse, Parteinahme oder Unverstand verneinen, so laufen wir Gefahr, Opfer unseres Schicksals zu werden anstatt seine Meister. Daher halten wir sehr darauf, die Frage einer Staatsreform von Parteimeinungen zu säubern und auf den festen Boden sach-

licher Erörterungen zu stellen. Wir verstehen das Problem als eine praktische Gegebenheit, als die unvermeidbare Auseinandersetzung mit der Gegenwart.

Wir begründen unsere Meinung nicht etwa vorwiegend aus dem herrschenden Kriege, der alle Staaten zu Notmaßnahmen veranlaßt. Wir stehen vielmehr einem neuen Denken gegenüber, das die Gesellschaft geistig, politisch, wirtschaftlich und sozial umgeformt hat. Wie die Reformation letztlich auf eine neue Weltanschauung zurückzuführen war, wie die französische Revolution die Verwirklichung der Gedankenwelt der Aufklärung gewesen, so suchen auch heute wiederum geschichtliche Energien eine epochale Gestaltung. Ein Zeitalter arbeitet sich durch, ein altes versinkt, und wer das noch immer nicht sieht, der verschläft die Stunde. Er kommt zu Tisch, wenn der Braten verteilt ist und kann über der leeren Platte philosophieren.

Der Vorrang des Politischen und die Unterordnung aller menschlichen Lebensäußerungen unter die Idee der sozialen Dienstbarkeit haben eine Umwertung der meisten Faktoren gebracht, die den Menschen und die Gesellschaft beeinflussen. Das Ausmaß dieser Veränderungen ist noch nicht vollbewußt, aber es geht tiefer und weiter als man das gemeinhin annimmt, und ist wiederum anders als es sich kriegsmäßig bedingt äußert. Der Einzelne und seine Leistung bleiben nach wie vor ausschlaggebend. Die Zwecksetzung unseres Tuns jedoch, sein spezifisches Gewicht, haben sich verschoben. Die Epoche des unbehinderten Eigennutzens ist vorüber. Sie hat gewaltige Energien gelöst und Werte gezeugt, aber sie hat ihre ursprüngliche sittliche Grundlage außer Acht gelassen. Darum findet sie gegenwärtig ihre Bändigung und erleidet empfindliche Rückschläge unter dem Gesichtspunkt der Einordnung unter das Gemeinwohl sowohl mit Bezug auf das einzelne Volk als im weiteren Sinne hinsichtlich der kontinentalen Interessen. Man tut gut daran, diese Überlegungen, die sich in der allgemeinen Entwicklung mehr und mehr abzeichnen, mit aller Deutlichkeit herauszustellen. Sie erscheinen nicht als theoretische Ableitungen. Sie sind starke Triebkräfte der Geschichte, und zudem steht ein geschlossener Machtwille hinter ihnen und stempelt sie zu der Grundauffassung der modernen politisch-sozialen Weltanschauung.

Die Schweiz muß sich mit einer neuen Weltordnung auseinandersetzen. Wie sie aussehen wird, ist noch unbekannt. Daß sie kommen muß, das hingegen ist sicher. Wenn sich seinerzeit aus dem letzten Weltkrieg Revolutionen ergaben, so stehen wir heute von Anfang an einem Kriege mit revolutionären Zielen gegenüber, einem Kriege, in dem die kontinentalen Vormachtstaaten laufend und planmäßig ihre Vorteile auswerten und Europa umgestalten, sodaß eine Rückkehr auf die Vorkriegszeit an sich ausgeschlossen ist. Die schon lange sichtbare Großraumbildung nimmt von Monat zu Monat deutlichere Formen an. Auch die Schweiz muß mit einer neuen politischen Massenwirkung, mit gesteigerter Vitalität und Disziplinierung

des Geschehens rechnen und findet sich vor der unmißverständlichen Forderung, ihre Daseinsberechtigung wieder einmal vor der Welt zu begründen.

Aus einer möglicherweise straff organisierten, auf jeden Fall tatsächlichen europäischen Solidarität erwachsen unserem Lande unter Umständen viel weitreichendere Aufgaben, als es sich jetzt schon voraussehen läßt. Im Aufbau der mehrsprachigen Schweiz liegt übrigens eine gewisse Vorausbestimmung hiezu, solange wir imstande sind, aus den eigenen Grundlagen heraus zu denken und zu handeln. In der letzten Zeit hat man etwas zu häufig von der europäischen Mission der Eidgenossenschaft gesprochen und darf sich darauf gefaßt machen, handgreiflich beim Wort genommen zu werden. Jedenfalls werden manche dogmatischen Begriffe hinfällig, und wir müssen ihnen angesichts einer veränderten Konstellation neues Leben und neuen Geist verleihen. Unsere weltbürgerliche Bereitschaft ist deutlich über die Ideenwelt des Roten Kreuzes und der humanen Charitas hinausgewachsen zu einer aktiven Bejahung unserer kontinentalen Zusammengehörigkeit als unabhängiger Staat und nach schweizerischer Art. Die Tragweite dieses Ausblicks ist mit Rücksicht auf kommende, transkontinentale Auseinandersetzungen nicht nebensächlich anzuschlagen. Die Schweiz wird in einem umgeordneten Erdteil einen andern Verkehrswert haben, und es ist zu erwarten, daß ihr neuartige, große Aufgaben zugewiesen werden. Ist sie imstande, sie zu bewältigen, so steht ihr der Weg in die Zukunft offen. Wo nicht, so verkümmert sie oder geht zugrunde. Daher ist sie jetzt schon angewiesen, sich vorzubereiten und ihre nationalen Kräfte zu mobilisieren, um aus dem angestammten Gut heraus zur neuen Sinn- und Formgebung zu schreiten. In welcher Art und Stufenfolge die bevorstehende Metamorphose sich vollziehen wird, ist eine Frage unserer Aufgeschlossenheit, Bereitschaft und Tatkraft. Die Problematik findet sich zur Hauptsache in den Bereichen der Wirtschaft; wenigstens liegt sie dort am offensichtlichsten vor uns. Selbstredend stellt sie sich auf allen wesentlichen Gebieten, nicht zuletzt auch inbezug auf den Inhalt des Neutralitätsbegriffes. Die Gegenwart beauftragt uns, nicht einfach nur durchzuhalten, sondern uns einer gewandelten geschichtlichen Wirklichkeit gegenüber als zeitgemäß und nützlich zu behaupten.

Wenn uns demnach die historische Entwicklung, sowie die weltpolitischen Tatsachen zu einer Überprüfung unserer politischen Einrichtungen veranlassen, so haben wir aus dem inneren Gesichtswinkel nicht minder Ursache dazu, und zwar nicht erst jetzt als vielmehr schon seit Jahren. Die soziale Gesetzgebung, die Wirtschaftsartikel, die Finanzreform, die Angelegenheit der Bundesbahnen, die Entschuldung der Landwirtschaft — auf allen diesen Gebieten befanden wir uns bereits lange vor dem Kriege im Umbruch und bewegten uns mehr und mehr einer gesamthaften Umplanung entgegen. Leider waltete dabei kein staatspolitischer Leitgedanke. Es zeigten sich im Gegenteil gewisse Zersetzungserscheinungen,

indem die schweizerische Demokratie durch ihre Apparatur formalisiert und weitgehend verfälscht worden war. Unsere Institutionen spielten vorwiegend zur Erreichung von Parteizwecken. Eine wirklich übergeordnete, unabhängige Staatsführung bestand nicht. Die Parteien wurden unter dem Titel der unentbehrlichen Träger des politischen Lebens die Beherrscher und Nutznießer des Staates und sich selbst zum Ziel ihres Strebens. Sie zerschlugen das Gemeinwohl zuhanden ihres Sondernutzens und suchten sich die Volksgunst mit den Mitteln des Staates zu erkaufen. Sie wurden in starkem Maße Interessegruppen. Parteien und Parlament verloren damit ihren Charakter als Volksdiener und die Demokratie blieb letztlich nur noch in den Volksrechten verbürgt. Zwischen dem Volk und den Vertretern der Staatsgewalt aber klaffte ein immer größerer Abstand, der sich mit besonderer Deutlichkeit in der Abstimmung vom 3. Dezember 1939 ausdrückte. Es fehlte nicht an Betriebsamkeit, noch an Aufwand; doch es mangelte die große Linie, die Zusammenfassung und Hinordnung aufs Ganze. Das Parteigeschäft war wichtiger als der Staatszweck, und wir haben nach jüngsten Erfahrungen Ursache, zu glauben, daß das bis auf den heutigen Tag grundsätzlich nicht anders geworden ist.

Der Krieg hat allerdings die Gemüter aufgerüttelt. Die öffentliche Meinung dürfte allmählich reif werden, die zahlenmäßige Demokratie durch den wahren eidgenössischen Volksstaat zu ersetzen. Der typische Auswuchs der schematisierten, abstrakten Denkweise ist der Proporz, der die Bildung einer verantwortlichen Mehrheitspartei verunmöglicht. Unter dem Schlagwort der unfehlbaren Demokratie bricht er die Wirksamkeit des Volkswillens in seiner Unmittelbarkeit durch das Prisma eines mathematischen Systems. Die Theorie der Verhältniswahl ist heute schon hundertjährig und nicht mehr zeitentsprechend. Sie wurde 1840 — bezeichnenderweise von einem französischen Sozialisten — in Genf für die Schweiz zum ersten Mal angeregt. Allerdings brauchte es noch Jahrzehnte, bis sich das komplizierte Verfahren durchsetzte. Der Kanton Tessin führte es 1890 als erster ein, nachdem die Gemeinde Bern 1888 das sogenannte limitierte Stimmrecht angenommen hatte. Darauf griff der Proporz in der Westschweiz Platz, um in wiederholten Anläufen nach und nach die meisten kantonalen und einige kommunale Wahlordnungen umzugestalten. Im Jahr 1918 gelang es ihm, nach zwei vergeblichen Versuchen von 1900 und 1910, sich auch den Nationalrat zu erobern.

Man wird dem System der Verhältniswahl einige Vorteile nicht absprechen können. Es enthält einen weitgespannten Minderheitenschutz und ermöglicht aktiven, doch zahlenmäßig schwachen Gruppen den legalen Aufstieg und die parlamentarische Mitarbeit. Das beweist übrigens der Werdegang des Proporzes. Überall waren es die Minderheitsparteien, die ihn befürworteten, weil sie mit Recht eine Stärkung ihrer Stellung erhofften. Heute sind wir in der Lage, unsere Erfahrungen mit der rechnerisch ausgeklügelten Wahlgerechtigkeit zu überblicken und stellen fest, daß die Nach-

teile überwiegen. Erstlich ist das Wahlverfahren unschweizerisch. Es ist in der Studierstube geboren und weder überlieferungsmäßig verankert, noch aus dem politischen Brauch gewachsen. Bis auf den heutigen Tag ist es volksfern, und sein Mechanismus blieb auch dem gebildeten Bürger meist unvertraut. Es gibt recht wenige, die den Destillationsvorgang kennen, den ihre durch den Wahlzettel erfolgte Willenskundgebung durchmachen muß. Eine angeblich hundertprozentige demokratische Wahlordnung, die das Volk nicht versteht, ist an sich ein Unding. Der Volkswille wird unnatürlich filtriert und die Wahrheit der Demokratie geht verloren. Der Beweis hiefür liegt auch in dem Widerspruch zwischen unseren Wahlen und Abstimmungen. Das Volk hat in den letzten Zeiten fast immer rechts abgestimmt, aber links gewählt, also die Gesetze seiner gewählten Volksvertreter zurückgewiesen.

Der größte Schaden der Verhältniswahl für das Gemeinwesen ist die Abwürgung der Persönlichkeit, die Heiligsprechung der Partei. Die Stimmenzahlen für den Kandidaten spielen eine durchaus untergeordnete, unter Umständen überhaupt keine Rolle. Der Bewerber steigt und fällt mit der Partei. Eine große Parteistimmenzahl kann ihm zur Wahl verhelfen auch gegenüber einem Konkurrenten, der wesentlich mehr Stimmen auf seine Person vereinigt hat. Damit wird der Wahlkampf nichts anderes als ein Parteikampf. An die Stelle des Volkswillens tritt tatsächlich der Wille der Parteiführer und der Gruppen. Die Deputierten sind nicht mehr Volksbeauftragte, wohl aber Parteiagenten. Innerhalb der politischen Realitäten scheidet man das ausschlaggebende Element, den Menschen, durch ein abstraktes Prinzip weitgehend aus. Das Opfer ist natürlich in ersten und letzter Linie der Staat.

Aber nicht allein persönlichkeitsfeindlich ist durch den Proporz unsere geltende Demokratie geworden. Die Verantwortlichkeiten werden außerdem verwischt und unterhöhlt. Das Volk will mit seinen Rechten seiner Meinung Ausdruck geben, Menschen und Parteien emporheben oder beseitigen, belohnen oder zur Rechenschaft ziehen. Aber ein Parteikonglomerat, wo alle dabei und keiner haftbar ist, entgleitet jedem Zugriff und führt über kurz oder lang zu einer Entfremdung zwischen dem Volk und den Parteien. Der interne Kompromiß regiert. Man spielt sich als guttrainierte Mannschaft die Vorteile gegenseitig zu und weiß genau, daß geteilte Verantwortung immer verminderte Verantwortung bedeutet.

Wir sind überzeugt, daß das Schweizervolk in dieser Richtung Abhilfe schaffen will. Der Weg dazu ist zweifelsohne die Verfassungsrevision. Eigentlich lag sie geraume Zeit schon in der Luft, ist jedoch mit dem Erdrutsch im vergangenen Sommer in ein schicksalhaftes Stadium eingetreten. Die Presse, die politische Schriftstellerei haben sich der Angelegenheit zugewandt. Der Bundesrat selbst hat sich im Prinzip dafür ausgesprochen. Ob er damit eine führende Rolle in der Sache angemeldet hat, wird sich zeigen. Wesentlich hiefür ist, inwieweit der Regierungswille den

Parteieinflüssen übergeordnet ist oder aber ihre Funktion bildet, womit man jedenfalls rechnen muß. Bei einer vom Bundesrat inaugugierten Revision besteht also die Wahrscheinlichkeit, daß sie von den Trägern der bisherigen Ordnung gemacht wird, und das wäre keineswegs der Zweck der Übung. Zudem hat der Bundesrat die Durchführung einer Verfassungsänderung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Er hat bestimmt seine verständlichen Gründe, die allerdings eine Gefahr in sich bergen: die Gefahr, zu spät zu kommen.

Gerade die Ungewißheit der Zeit, die Unmöglichkeit, sogenannte normale Zeiten abzuwarten, sprechen für eine Beschleunigung der Angelegenheit. Wir stehen gegenwärtig wie nie zuvor unter der Dringlichkeitsklausel. Die Ereignisse laufen schnell. Wir müssen mithalten, ja sogar rascher sein, damit wir, wenn die europäischen Fragen an uns herantreten, am Ziel sind. Es kommt alleine auf uns an. Man kann mit dem Verschieben gerade das verlieren, was man damit zu gewinnen glaubt. Die bundesrätliche Erklärung war nichtsdestoweniger gut als der Ruf der Regierung über die Parteien weg ins Volk. Die politische Situation ist beim Namen genannt und zumindest verstanden worden. Mit dem Zögern ist es eine andere Sache. Sollten wir ungestört Zeit dazu haben, nach Kriegsende uns ans Werk zu machen, um so besser.

Das jedoch ist die große Frage. Sie zu beantworten möchten wir uns nicht anmaßen. Angesichts der allgemeinen Situation geben wir trotz allen Wenn und Aber der sofortigen Aktion die größere Chance. Übrigens rechnen wir — der politischen Eigenart der Schweiz entsprechend — mit einer bald einsetzenden Volksbewegung zur Abänderung der Bundesverfassung. Das bundesrätliche Programm beschleunigt sie eher als sie abzufangen. Eine vom Volke betriebene Totalrevision ist nicht nur unserer Denkweise gemäß, sie wäre zudem eine bessere Plattform zur Überwindung des alten Systems und zur personellen Auffrischung.

Ob eine Initiative eingeleitet wird oder nicht, wird die nächste Zukunft lehren. Eine unbestreitbare Forderung bleibt sie unter allen Umständen, und zwar ein Postulat, das man unbeschadet der Kriegsereignisse zu beurteilen hat. An Vorschlägen, Anregungen und Kritik fehlt es schon jetzt nicht. Wir wollen hier darauf nicht eintreten. Einzelheiten sind Sache eines späteren Gesprächs. Was die Diskussion bereits angeboten, soll sich dannzumal aussieben. Augenscheinlich geht es vorerst um die Herausarbeitung der Grundhaltung der sichtbaren Revisionstendenzen. Es gilt, einen sinnvollen Umbau vorzunehmen und nicht einfach eine ausgefahrene Maschine in der Reparaturwerkstätte zu überholen.

Die Erneuerung stellt sich auf das alte eidgenössische Fundament, auf die Tatsache, daß Volk und Staat bei uns zusammenfallen sollten. Der Staat und seine Führung auf der einen Seite, das Volk mit seinen Rechten auf der andern, sowie der föderative Aufbau schälen sich als die Hauptkomponenten der Revisionsideen heraus. Das Schwergewicht jeder Neukon-

struktion liegt somit auf dem Ausbau der Regierungsautorität, auf den klaren, einfachen Volksrechten, auf der bestimmten, zeitgemäßen Ausmarkung zwischen dem Bund und den Kantonen, und daher auf der möglichsten Vereinfachung und Eingrenzung der repräsentativen Zwischenglieder, sowie ihrer Anpassung an das gewandelte soziale Denken und die wirtschaftlichen Realitäten.

Auf diese eindeutigen Linien kann man die gesamte Erneuerungspublizistik, soweit sie ernst zu nehmen ist, zurückführen. Politisch gibt sie sich als ein Angriff auf die Parteien und ihr Parlament, d. h. als ein Vorstoß gegen die Proporzdemokratie. Geschichtlich bedeutet das ein Zurückgehen auf die lebendige Überlieferung, eine Befreiung von fremder Stukatur, eine Belebung des volksnahen Staates. Man sucht wiederum die wahre Demokratie, die verständlich und menschlich aus der Spannung zwischen Persönlichkeit und Volkswillen ihre schöpferische Kraft gewinnt.

Um diesen Kern sammeln sich bewußt und unterbewußt die meisten Revisionsbestrebungen — bald gemäßigt, bald radikal. Das Entscheidende ist die Wiederbelebung des Zusammenspiels zwischen Staatsführung und Volk, dessen Mittler die Parteien hätten sein sollen. So sie sich für unentbehrlich halten oder gar mit dem Volk verwechseln, möchten sie sich immerhin vor Augen halten, daß nur 14 % der Stimmberechtigten in den Parteien sind. Überdies hat man in der Schweiz jahrhundertelang ohne ein organisiertes Parteileben bestanden, aber nie auf die Dauer ungestraft ohne das Volk regiert.

Die politischen Dinge sind heute alle in Fluß, und während die alten Organisationen um ihre Existenz bangen und sich zusammenschließen, haben sich bereits neue Bewegungen gebildet. Was es uns abträgt, wird sich erst zeigen, wenn eine große Aktion in die Tat umgesetzt, die Kräfte auf eine konkrete Sache hinweist und die Gemüter aufbietet. Wer sie startet und durchbringt, hat die Zukunft für sich, denn nur um ein Werk bildet sich eine lebendige, neue Parteigemeinschaft. Der Schwerpunkt liegt mehr denn je auf den Persönlichkeiten, und manches an den eingesessenen Parteien ist geschichtlich geworden, sodaß sie sich nicht zu Unrecht die historischen Parteien nennen.

Zum Ausruhen sind unsere Zeiten nicht angetan, und daher sollten wir vermeiden, uns unnötige Schwierigkeiten noch zusätzlich aufzubürden und die Stimmung unsachlich zu beeinflussen. Anderseits steht das Land unter starkem Druck und man weiß noch gar nicht, welche sozialen Vorgänge sich abspielen, wenn die Lage sich abklärte, oder infolge Krieg und Blockade immer angespannter würde. Seit dem ausklingenden achtzehnten Jahrhundert hat die Eidgenossenschaft nie mehr vor einer ähnlichen Situation gestanden, völlig allein auf sich selbst gestellt inmitten eines revolutionären Erdteils, vor der Aufgabe, eine total neue, noch nicht selbsterlebte Ideenwelt zu verarbeiten, ohne sich untreu zu werden. Das kann

uns nur gelingen, wenn wir den Mut haben, gegen uns selbst rücksichtslos zu sein und die Entschlossenheit, vorweg zu handeln.

Man könnte darauf hinweisen, daß es bei uns eigentlich gar nicht schlimm steht. Unsere sozialen Verhältnisse sind vergleichsweise fortschrittlich, der Arbeitsfriede ist gesichert, der Lebensstandard hoch, und die Wirtschaft hat sich durch alle Unbill hindurch, dank ihrem Opfersinn und ihrer Wendigkeit, gut behauptet. Der Staat ist im großen ganzen recht und anständig verwaltet, das Volk bildungsmäßig nicht rückständig und im Kern gesund. Diese Tatbestände werden uns immer zugute kommen, indem sie übermäßige Gärungen nicht zulassen und die Entwicklung einigermaßen ruhig gestalten. Die Vorteile entheben uns aber der Pflicht nicht, unseren eigenen Mängeln auf den Leib zu rücken und das europäische politische Geschehen und Denken auf unsere Art und Weise mitzumachen und aufzunehmen. — Zur Zeit der Reformation haben wir es gekonnt, und auch 1847 auf 1848 kamen wir den europäischen Revolutionen zuvor. Wir hoffen, dazu neuerdings imstande zu sein.

Man vermag die Zukunft nicht vorauszusagen. Aber wir wollen zur Verdeutlichung der Tragweite unserer Situation an die Lage der Dinge vor 1798 erinnern. Auch damals ging es uns im Rahmen der gültigen und nicht von später her bewerteten Welt verhältnismäßig gut. Die Ideen der französischen Revolution fanden bei uns zahlreiche Anhänger, um so mehr, als es in den Kreisen der Gebildeten an einsichtigen Männern nicht fehlte. Man wußte, daß man etwas unternehmen sollte, das richtige Urteil, die patriotische Bereitschaft und der gute Wille waren vorhanden. Trotzdem fand man den Weg zur Tat nicht rechtzeitig, weil es nicht gelang, alle die verschiedenen Strömungen und Meinungen in eine geschlossene Richtung zusammenzufassen, und weil die Träger der politischen Macht mit guten Gründen der Meinung waren, daß sie ihre Sache nicht übel gemacht hätten. So kam es, daß, während die Tagsatzung die ehrwürdigen Bünde feierlich beschwor, die alte Eidgenossenschaft zusammenbrach, und wir den Weg in das neue Jahrhundert als Teil des napoleonischen Machtsystems gehen mußten.

Wir wissen, ein geschichtlicher Vergleich stimmt nie aufs Haar. Wir haben ihn lediglich als Sinnbild und Mahnung angeführt. Die Ereignisse werden heute andere Wege gehen; die Bedeutung der Stunde ist deshalb nicht geringer, mit dem Unterschied, daß wir stärker und für unser Werk besser gerüstet sein dürften. Die schweizerische Eidgenossenschaft ist ihren Tribut an das europäische Ganze nie schuldig geblieben, und sie wird ihn auch zukünftig leisten können. Für den Augenblick braucht es eine unabhängige, weitblickende Führung, die es versteht, in engster Verbindung mit dem Volk zu bleiben und zu wirken. Wir sind überzeugt, daß eine starke und damit auch volksverbundene Regierung, die genug Haltung und Persönlichkeit besitzt, sich über Parteiansichten hinwegzusetzen, die dem Volk gegenüber offen Rechenschaft ablegt und für sein Wohl sorgt, dem

Augenblick entspricht und die Staatsraison verkörpert. Sie kann uns vorwärts und aufwärts führen. Aber sie muß den Mut zum politischen Kampf besitzen, sich aufs Spiel setzen, mit der öffentlichen Meinung planmäßig arbeiten und rücksichtslos das unternehmen, was der Staatsnutzen gebietet. Wenn ihr das nicht gelingt, und auf der anderen Seite im Volk die Kräfte nicht lebendig werden, eine Neuordnung einzuleiten und eine junge politische Elite emporzutragen, dann allerdings müßte es das Schicksal schon wider Erwarten gut mit uns meinen. Der Umbau wird kommen, so oder so. Das Entscheidende ist nur, daß wir selber die Baumeister sind.

Wandlungen in der dichterischen Wiedergabe des Natureindrucks.

Von **Carl Friedrich Wiegand.**

Die Natur ist in ihren Formen und Farben zwar nicht ewig, aber nur wenig wandelbar. Auch in den Zonen des veränderlichen Niederschlags bietet sich beim Wechsel der Jahreszeiten eine Konstante in der Wiederkehr der Erscheinungen. Aber wandelbar ist der Natureindruck auf den Menschen, sowohl in den Entwicklungsstufen, die der Einzelne durchmacht, wie in den großen zeitlichen Kulturstufen, die ganze Völker durchlaufen.

Wenn der Mensch in einem unkultivierten Lande, sei er Glied eines Naturvolks des Altertums oder der Gegenwart, sich selbst noch auf der untersten Stufe der Kultur befindet, empfindet er bereits die Unterschiede zwischen den Einzelnen. Er ist sich selbst und für seine Mitmenschen bei weitem das Interessanteste. Das Anders-sein als der Mitmensch, z. B. in einer Arbeitsweise oder Lebensgewohnheit, erregt entweder Zustimmung oder Widerspruch der Andern.

Im dunklen Drang, in dem angeborenen Gefühl, daß der Mensch den Beruf hat, höher in der Gesittung zu streben, betritt er die allererste Stufe im Streben nach Vollkommenheit, entwickelt er die erste Eigenart und die Einsicht, daß seine Mitmenschen entweder Freunde oder Feinde seines Strebens sind. Der Kampf, der sich möglicherweise dann entspinnt, nimmt neben dem Kampf ums Dasein seine Aufmerksamkeit und seine seelische Kraft am nachhaltigsten in Anspruch. Er ist ein Kampf um den ersten ideellen Zweck, der die erste seelische Freundschaft oder die erste Feindschaft hervorruft.

Die Menschen lebten in ihrem Urzustand, als Kinder der Natur, inmitten der Natur und durch die Natur. Sie waren als Bewohner von Höhlen und Zelten dauernd mit der Natur verbunden, durch ihre Berufe mit ihr verwachsen und nur selten von ihr geschieden. Sie empfingen ihr Leben, wie ein Geschenk der Natur, die ihnen Beschäftigung und Nahrung